



DEIN LANDTAG OBERÖSTERREICH

12. März 2024 Nr. 82



Unser Landtag, die EU und wir



DEIN LANDTAG OBERÖSTERREICH

Auf Demokratie bauen

Demokratie lebt durch unser Mitgestalten. Sie findet nicht nur im Parlament oder in Regierungsbüros statt, sondern immer dort, wo Menschen gemeinsam an Entscheidungen arbeiten. Dieses „miteinander Arbeiten“ bildet auch den Kern unserer bewährten „Werkstatt für Demokratie in Oberösterreich“. Ich freue mich daher sehr, dass das Landhaus auch heuer wieder als spannende Werkstatt für mehr als 700 Jugendliche dienen darf. Die jungen Menschen erfahren in den Workshops aus erster Hand – direkt von den Landtagsabgeordneten – wie Oberösterreich regiert wird und wie unser politisches System funktioniert. Das Ergebnis der ein-

gehenden Beschäftigung mit diesen und anderen zentralen Themen der Demokratie finden Sie auf den kommenden Seiten. Die Schülerinnen und Schüler beweisen damit klar, dass sie Verantwortung für die Zukunft übernehmen. Und diese Zukunft hält große Herausforderungen für uns alle bereit. Seitens der Landespolitik ist es unsere klare Aufgabe, die jungen Menschen noch besser in demokratische Entscheidungen einzubinden und für unser demokratisches System zu begeistern. Die „Werkstatt für Demokratie“ ist dazu ein wichtiger Baustein.

Viel Freude mit der vorliegenden Zeitung und vielen Dank an alle, die sie ermöglicht haben!



Max Hiegelsberger
Max Hiegelsberger
Präsident des Oö. Landtags





LAbg. Joachim Aigner



LAbg. Anne-Sophie Bauer



LAbg. David Schießl



„Auch auf unseren Alltag wirkt sich die EU aus.“

Österreich in der EU

Lena U. (18), Lena S. (18), Lisa (19), Helene (17)
und Boglárka (19)

Seit 1. Jänner 1995 ist Österreich Mitglied der Europäischen Union. Die EU basiert auf den Werten Freiheit, Demokratie und Achtung der Menschenrechte. Sie garantiert die Grundfreiheiten wie auch die Rechtsstaatlichkeit. An diese Prinzipien sollen sich alle Mitgliedsländer, also auch Österreich halten. Zum Thema Österreich in der EU haben wir uns heute mit drei Interviewgästen unterhalten. Die drei Abgeordneten, die unsere Fragen heute beantwortet haben, sind Anne-Sophie Bauer, Joachim Aigner und David Schießl. Österreich spielt nicht in allen Bereichen eine große Rolle in der EU. Aber wie wir heute erfahren haben, kommt es hier nicht immer auf die Größe an: So stellte sich im Gespräch mit den Abgeordneten etwa heraus, dass Österreich trotz der vergleichsweise kleinen Fläche einen beachtlichen Anteil der CO₂-Ausstöße in der EU zu verantworten hat. Es ist klar, dass ein so kleines Land alleine nicht viel bewirken kann, aber durch

die Zusammenarbeit mit anderen EU-Ländern kann mehr verändert werden. Durch die gemeinsame Arbeit können große Ziele einfacher erreicht werden, als von einem Land, das alleine daran arbeiten muss. Die EU setzt zum Beispiel Standards und Richtlinien für Umweltschutz, die auch in Österreich umgesetzt werden, um die Umwelt zu schützen und nachhaltige Entwicklung zu fördern. Mit unseren Interviewgästen haben wir auch darüber gesprochen, welche Themen aktuell auf EU-Ebene diskutiert werden. Dazu gehören unter anderem das Lieferkettengesetz, Migration und der Ukraine-Krieg. Was jede:r für sich selbst machen kann, ist das eigene Konsumverhalten zu hinterfragen, denn jeder Mensch ist für sich selbst und seine Taten verantwortlich. Die eigene Meinung spielt dabei eine große Rolle. Alle EU-Bürger:innen können die persönlichen Überzeugungen auch mit ihrer Stimme bei den EU-Wahlen äußern, was wir wichtig finden.

Volksabstimmung 1994

Bei der Volksabstimmung am 12. Juni 1994 sprachen sich zwei Drittel der Österreicher:innen für den EU-Beitritt aus.

EU-Wahl 2024

Die Europawahl findet alle fünf Jahre statt. Die letzte Europawahl fand im Mai 2019 statt.



Die Autor:innen

Unsere Wünsche für die Zukunft der EU

Meinungen von Schüler:innen sollen in die Bildungspolitik miteinfließen!



Das Reisen und Studieren in anderen EU-Ländern soll weiterhin möglich sein!



Das Bildungssystem soll eine große Rolle spielen und den Wünschen der Schüler:innen soll Beachtung geschenkt werden!

Die einzelnen Länder sollen sich weiterhin unterstützen und beraten!



Ich möchte von Politiker:innen vertreten werden, die sich für die Bedürfnisse der Bevölkerung interessieren!



... und zum Thema EU haben wir auch die Meinung der Abgeordneten gehört.

DEIN LANDTAG OBERÖSTERREICH

„Wir bestimmen die Zukunft mit!“

Die Stimme OÖs in der EU – wo liegen die Grenzen?

**Klara (17), Maria (17), Sina (19), Ilijana (19), Theresa (18)
und Caroline (19)**

Unsere Gruppe beschäftigte sich mit der Frage „Wie kann Oberösterreich bei EU-Entscheidungen mitreden?“. Ein wichtiges Prinzip ist in diesem Zusammenhang das Subsidiaritätsprinzip. Das bedeutet ganz einfach, dass die EU dort nicht eingreifen darf, wo die Länder eigenständig ihre Probleme lösen können. Denn die EU-Gesetze sollen die Besonderheiten der Länder und Regionen nicht zerstören. Die Subsidiarität trägt dazu bei, dass die Entscheidungen von Vorteil für die Bürger:innen der einzelnen Länder, also auch der Bürger:innen Österreichs sind. Mithilfe des Prinzips kann außerdem entschieden werden, wer für ein Gesetz zuständig ist. Das Prinzip dient also der Arbeitsweise der EU. Durch die sogenannte „Kartenregelung“ können Mitgliedsstaaten innerhalb von acht Wochen Einspruch gegen ein Gesetz erheben. Legt ein Drittel der nationalen Parlamente Einspruch ein, bezeichnet man das als „Gelbe Karte“. In diesem Fall

muss der Vorschlag überdacht, aber nicht verpflichtend verändert werden. Bei der „Orangen Karte“ erhebt die Hälfte der Parlamente Einspruch. In diesem Fall muss (!) die EU-Kommission erklären können, wieso der Vorschlag dem Subsidiaritätsprinzip entspricht. Dann wird der Vorschlag im EU-Parlament und im Rat der EU eingereicht. Daraufhin findet eine Abstimmung statt. Wenn 55 Prozent der Ratsmitglieder oder die Mehrheit im Parlament gegen den Vorschlag sind, kann er abgelehnt werden. Diesbezüglich überlegten wir eigene Fragen, welche wir den drei zu uns eingeladenen Abgeordneten stellten. Zuerst wollten wir mehr zur Politik in Oberösterreich herausfinden. Zum Thema Landtagssitzungen erfuhren wir, dass diese monatlich stattfinden, es jedoch eine Sommerpause gibt. Zusätzlich wurde uns erzählt, dass der Monat Dezember am stressigsten ist. In den Sitzungen werden vorgeschlagene Themen besprochen.

Subsidiarität

Die EU darf dort nicht eingreifen, wo die Länder besser eigenständig ihre Entscheidungen treffen oder Probleme lösen können.

Kartenregelung

Sie klärt, wie Länder bei Fragen der Subsidiarität Einspruch erheben können.

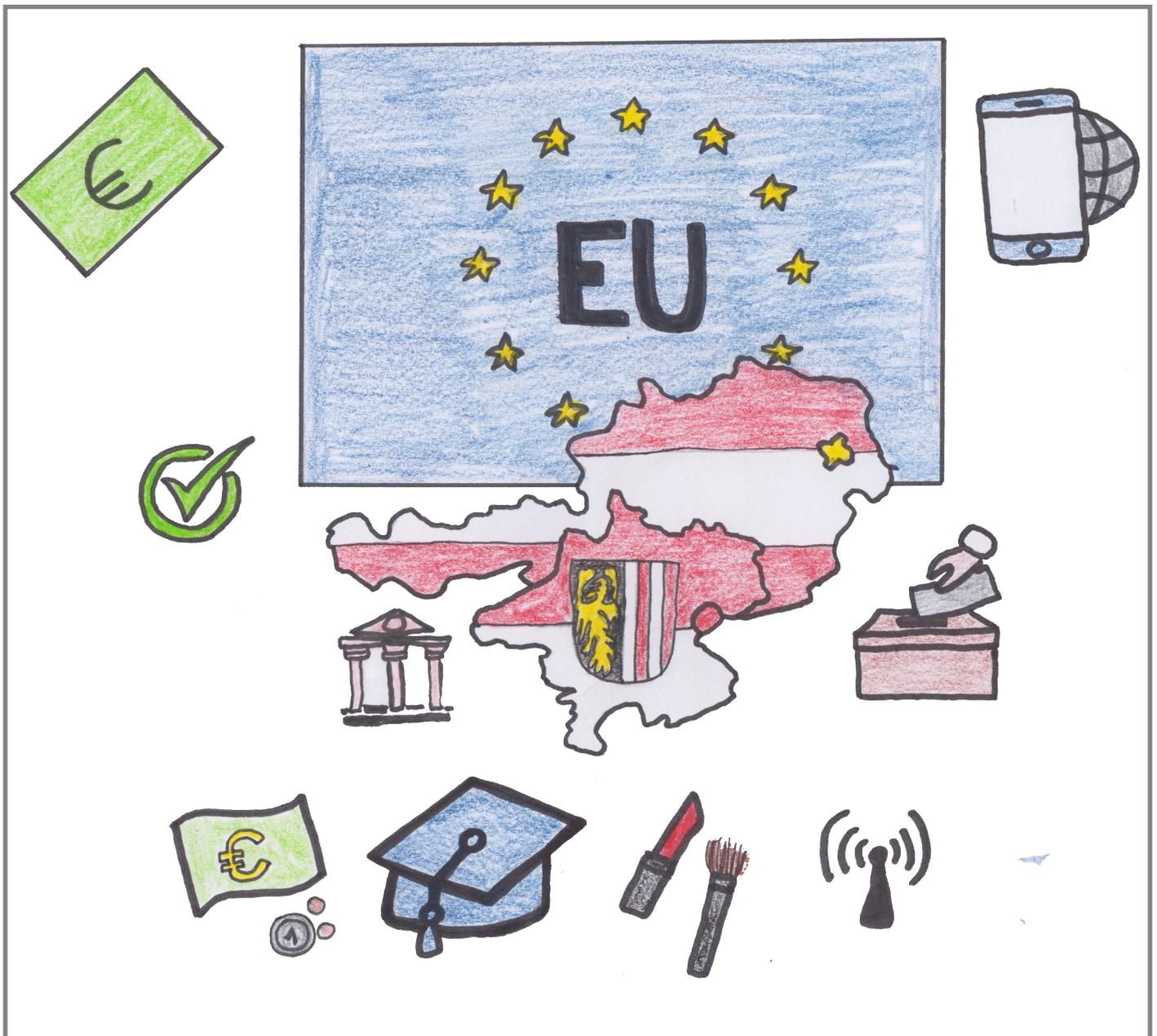


Autorinnen

Darauffolgend wurde uns berichtet, dass der Landtag regelmäßig mit der EU zu tun hat, zum Beispiel über den Ausschuss der Regionen und bei Subsidiaritätsprüfungsverfahren. Themen dabei waren beispielsweise Windkraft oder Luftverschmutzung. So kann Oberösterreich in der EU mitreden. Als letzten Punkt wurde die Coronazeit angesprochen. Wie hat die Politik damals

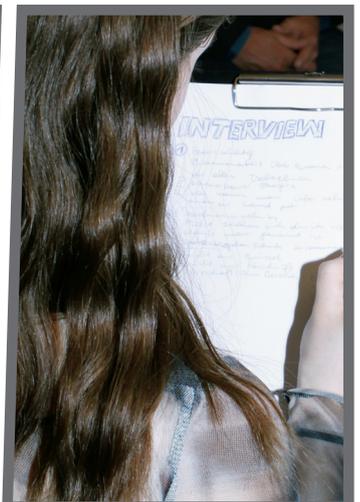
funktioniert? Diese Zeit wurde von unseren Gästen auf verschiedene Weise und als große Herausforderung miterlebt. Schlussfolgernd können wir aus diesem Interview mitnehmen, dass Wählen ein wichtiger Beitrag zur Demokratie ist. Wir bestimmen die Zukunft mit. Aber nur wenn wir uns einsetzen, wird auch die Stimme Oberösterreichs gehört.

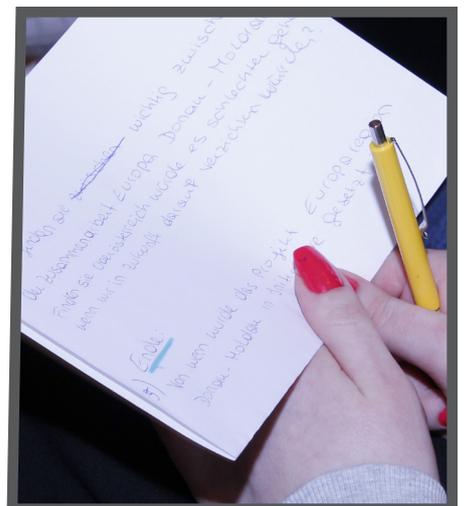
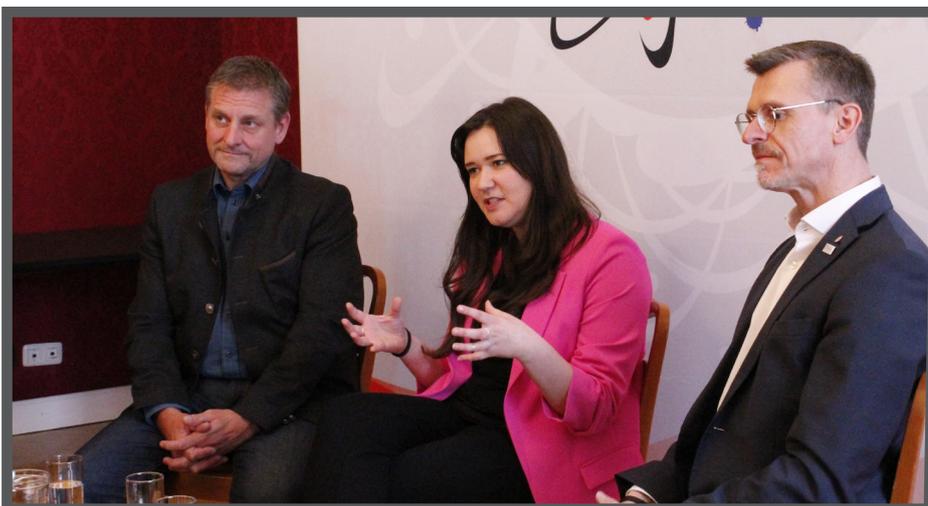
Subsidiaritätsprinzip



Das Subsidiaritätsprinzip legt fest, für welche Themen OÖ zuständig ist und für welche Themen die EU.

DEIN LANDTAG OBERÖSTERREICH





DEIN LANDTAG OBERÖSTERREICH

„Teamwork makes the dream work.“

Drei Länder, zwei Sprachen – eine Region!

**Katrin (18), Lisa (18), Valentina (18), Isabelle (17),
Leonie (18) und Jasmin (17)**

Nicht nur als Staat, sondern auch als Bundesland, ist es wichtig mit seinen Nachbarn zu kommunizieren und auch zusammenzuarbeiten. Darum vernetzt sich unsere Politik mit unseren Nachbarländern Tschechien und Deutschland. Dabei stehen nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Bereiche Tourismus, Soziales oder Bildung im Vordergrund. Der Kontakt zu anderen Regionen baut auf eine gute Zusammenarbeit auf. Beispiele für Zusammenschlüsse sind die „Arge Donauländer“ oder die „Europaregion Donau-Moldau“. Aufgrund der Vernetzung sind wir als Land Oberösterreich auch Mitglied verschiedener länderübergreifender Konferenzen, Ausschüsse und Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Grenzen Europas. Denn dies ist auch einer der Grundsätze der Europäischen Union. Eines sticht heraus: Wir als kleines Bundesland Oberösterreich haben viele Mitgestaltungsmöglichkeiten auf internationaler Ebene. Ein bekanntes Beispiel der internati-

onalen Zusammenarbeit ist die Europaregion Donau-Moldau. Die sieben Regionen des Dreiländerecks Tschechien, Österreich und Deutschland arbeiten gemeinsam an Projekten, welche die bereits genannten Bereiche Wirtschaft, Tourismus, Soziales oder Bildung betreffen.

Unser Interview mit den Abgeordneten Joachim Aigner, Anne-Sophie Bauer und David Schießl: Grenzübergreifende Zusammenarbeit ist in vielen Bereichen, besonders auch bei topaktuellen Themen wichtig. Besonders bei Umweltthemen, wie Hochwasserschutz und erneuerbare Energie. Man tauscht sich aus und nimmt Feedback an. So kann man gegenseitig aus Fehlern lernen, Verbesserungen finden und in jeder Region die besten Rahmenbedingungen für deren Bewohner:innen sichern. Der Landtag an sich handelt meist nicht international, diese Aufgabe übernimmt eher der Bund für Österreich. Auch auf EU-Ebene oder bei internen Beschlüssen ist dies Sache des Bundes.

EDM

Abkürzung für die Europaregion Donau-Moldau; bestehend aus verschiedenen Regionen Deutschlands, Tschechiens und Österreichs

ARGE

Donauländer

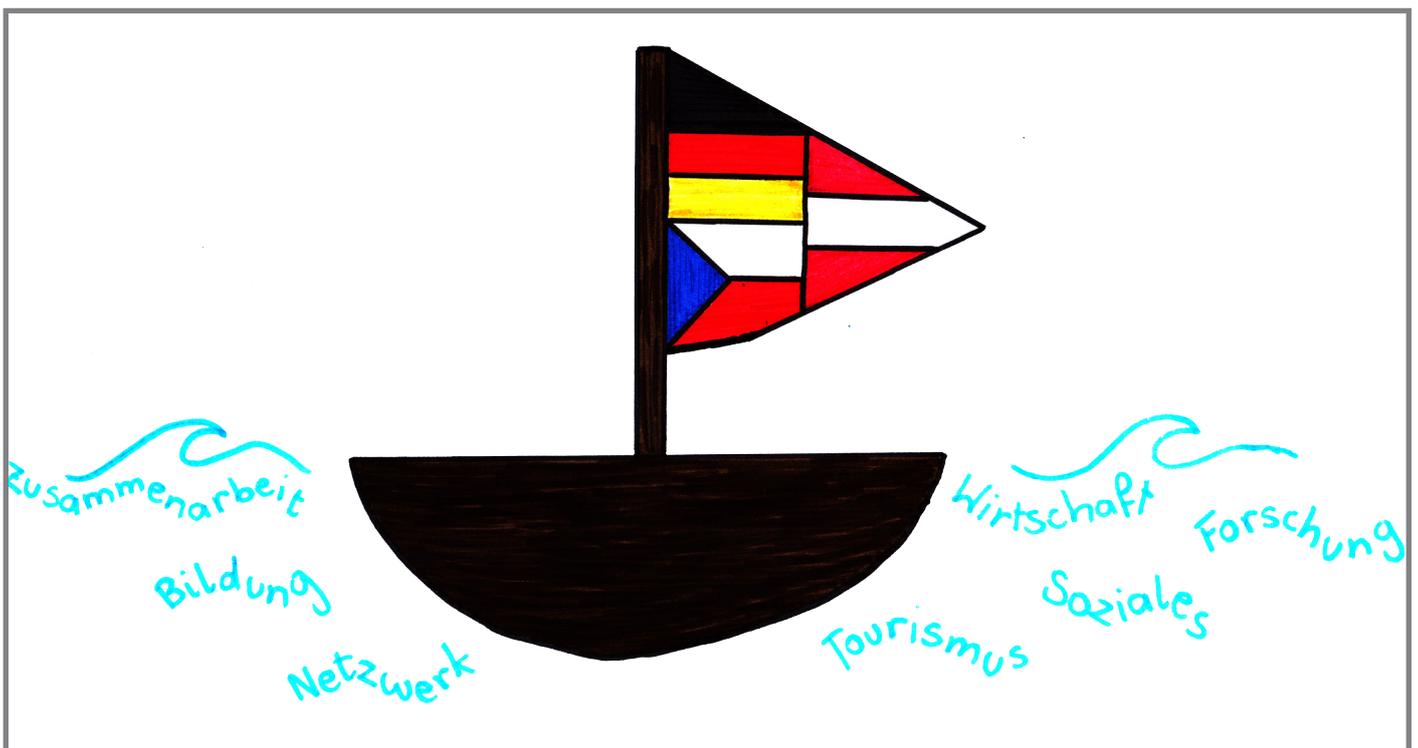
Dies ist eine weitere Kooperation von europäischen Staaten, die an der Donau liegen.



Die Autor:innen



Zusammenarbeit ist überall wichtig: Es beginnt schon unter uns Klassenkameradinnen.



Das Drei-Länder-Boot für Zusammenarbeit



IMPRESSUM

Konzept, Mediendidaktische Betreuung
und Umsetzung:

Agentur Müllers Freunde GmbH
1070 Wien • Gutenberggasse 1/13
www.muellersfreunde.at



**MÜLLERS
FREUNDE**

IVa, HBLW Wels
Wallerer Str. 32
4600 Wels



Die Werkstatt für Demokratie
in Oberösterreich